

59,1%

**UND WAS
JETZT?**



EINE ZEITUNG VON

/// IDEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN

WAS IST PASSIERT SEIT DEM VOLKSSENTSCHEID /// ALLES WIRD TEURER - NICHT NUR DIE MIETEN /// „WOHNEN MUSS EIN GRUNDRECHT SEIN“/// MEHR RESPEKT FÜR DEMOKRATIE, BITTE! /// WARUM VERGESELLSCHAFTUNG DEM KLIMA HILFT



Foto: Joe Pankow

VOLKSENTSCHEID GEWONNEN - WAS IST SEITDEM PASSIERT?

„Für die Vergesellschaftung gab es mehr Stimmen als für jede mögliche Regierungskoalition! An der Enteignung führt kein Weg vorbei!“ – so erinnerten die lila Westen wenige Tage nach dem gewonnenen Volksentscheid an den Willen der Bevölkerung. 59,1 % der Wählerinnen und Wähler haben für die Enteignung großer Wohnkonzerne gestimmt.

Seitdem haben wir die Sondierungsgespräche, die darauffolgenden Koalitionsgespräche zwischen SPD, Linken und Grünen und den Regierungsantritt mit unserem Protest öffentlich begleitet. Denn für uns Mietende ist klar: Die Vergesellschaftung ist die einzige Lösung für die massive

Mietenkrise in Berlin. Die SPD setzt derweil weiterhin auf Kuschelkurs mit den Immobilienriesen. Die Umsetzung des Volksentscheids will sie durch die Einsetzung einer Expertenkommission verschleppen und damit ein demokratisches Abstimmungsergebnis klammheimlich vergraben. Doch damit lassen wir sie nicht durchkommen. Wir haben drei kompetente Expertinnen und Experten in die Kommission entsandt. Sie stehen für die Vergesellschaftung und repräsentieren damit die eine Million Berlinerinnen und Berliner, die sich im letzten Jahr dafür entschieden haben. Als Wachhunde der Basisdemokratie arbeiten sie in der Kommission an der Umsetzung des Volks-

entscheids. In der kommenden Zeit werden wir die Kommission immer wieder an ihre Aufgabe erinnern: Wege für ein rechtssicheres Vergesellschaftungsgesetz aufzuzeigen.

Die Preiserhöhungen der letzten Monate machen einmal mehr deutlich: Überteuerte Mieten können wir uns nicht mehr leisten! Deshalb sind die lila Westen auch ein Jahr nach dem Erfolg des Volksentscheids in allen Kiezen unterwegs, bei Fahrraddemos, Straßenfesten und Gesprächen in der Nachbarschaft. Wir werden nicht zulassen, dass Konzerne bestimmen, wie wir in dieser Stadt zusammenleben. Denn wir wollen, dass Berlin unser Zuhause bleibt! ●

26.09.2021

Der Volksentscheid wird mit 59,1 Prozent der gültigen Stimmen gewonnen.



29.11.2021

Rot-Grün-Rot stellt den Koalitionsvertrag vor: statt der Arbeit an einem Vergesellschaftungsgesetz, wird eine „Expertenkommission“ beschlossen, die die rechtliche Umsetzung einer Vergesellschaftung prüfen soll.

29.04.2022

Die „Expertenkommission“ tritt zum ersten Mal zusammen. Fortan wird sie sich monatlich treffen. Eine transparente Information der Öffentlichkeit wird versprochen.



19.06.2022

Der Parteitag der SPD in Berlin beschließt unmittelbar mit der Erarbeitung eines Vergesellschaftungsgesetzes zur Enteignung der Wohnkonzerne zu beginnen, wenn die Kommission diese für rechtlich umsetzbar erklärt.

20.06.2022

„Bündnis für Wohnungsbau und bezahlbares Wohnen“, ein Herzensprojekt der SPD, wird vorgestellt – und ist bereits gescheitert. Wichtige Akteure wie der Berliner Mieterverein (BMV), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sowie Verbände der Immobilienwirtschaft lehnen ab: Während BMV und DGB die soziale Schieflage bemängeln, wollen sich die Vermieter in ihrem Profitstreben nicht einschränken lassen.



22.07.2022

Etwa drei Monate nach dem Start geht die Internetseite der Kommission online. Bis dahin waren weder die Termine, noch die Protokolle der Treffen öffentlich zugänglich. Die Geschäftsstelle der Kommission folgt nur widerwillig dem Transparenzversprechen.

26./27.04.2023

Finale Sitzung der Kommission – Anschließend gibt die Kommission ihr Abschlussvotum. Auf dieser Basis entscheidet der Senat, ob ein Vergesellschaftungsgesetz erarbeitet wird. Wir werden den Senat an die demokratische Forderung von 59,1 Prozent der Berlinerinnen und Berliner erinnern!



ALLES WIRD TEURER – NICHT NUR DIE MIETEN

Nicht nur die Mieten in Berlin steigen, auch alles andere vom Wocheneinkauf bis zu den Heizkosten wird durch die Inflation immer teurer.

Im Winter werden Berlinerinnen und Berliner voraussichtlich mehr als 50% zusätzliche Heizkosten bezahlen. Zusätzlich zu viel zu hohen Mieten. Eines haben die hohen Energiekosten und Mieten dabei gemeinsam: Wir bezahlen nicht nur für unser Zuhause oder für eine warme Wohnung - sondern auch für die Gewinne großer Konzerne. Bei der Vonovia zahlt jeder Mieter im Durchschnitt 2040 € pro Jahr, die an Aktionäre als Gewinn ausgeschüttet werden. Auch Energiekonzerne machen Milliardenprofite mit den steigenden Energiekosten.

Wären die Wohnungen bereits vergesellschaftet - wie es die Berlinerinnen und Berliner beim Volksentscheid am 26.09.2021 entschieden haben - könnten wir gemeinsam entscheiden, kostengünstig effizientere Heizungen einzubauen und Wohnungen zu dämmen.

Das würde Heizkosten sen-

ken und wäre auch für das Klima gut. Außerdem wären nach der Vergesellschaftung die Mieten bei Vonovia und Co. auf weniger als 5€ pro Quadratmeter gesunken (bei einer Entschädigung von 10-11 Milliarden Euro). Wäre die Miete günstiger, könnten wir wenigstens unsere anderen Rechnungen bezahlen.

Doch für uns steht fest: Die Milliardengewinne der Energiekonzerne sind ebenso ungerecht wie die hohen Mieten. Das wollen wir uns nicht gefallen lassen!

Wir fordern darum:

1. Wohnungskonzerne vergesellschaften – Energiekonzerne enteignen!

Die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen ist eine dauerhafte Entlastung für Mieterinnen und Mieter und bremst die Inflation. Wir fordern deshalb die sofortige Umsetzung des Volksentscheides! Die steigenden Energiepreise werden außerdem zur Katastrophe für Mietende. Wir alle bezahlen mit unseren Nebenkosten und Strom-

rechnungen die Profite der großen Energiekonzerne. Sie sind Krisengewinner. Warme Wohnungen im Winter sind ein Grundrecht! Wir fordern deshalb die Vergesellschaftung von Energiekonzernen.

2. Strombörse abschaffen!

Früher kam Strom von kommunalen Stadtwerken, heute ist er Spekulationsware an der Strombörse. Nicht günstiger Strom aus Wind und Wasser bestimmen dort den Preis, sondern Gaspreis und Spekulation regieren. Die Konzerne fahren damit Kriegsgewinne ein, bezahlen müssen wir. Schluss damit! Wir fordern die Abschaffung der Strombörse und ihre Ersetzung durch einen ökologisch-sozialen Preisbildungsmechanismus.

3. Indexmietverträge abschaffen!

Bei sogenannten „Indexmietverträgen“ steigt die Miete mit der Inflation. Dieses Jahr bedeutet das für viele Mieterinnen und Mieter mehrere 100 € Mieterhöhung. Wir fordern deshalb die Abschaffung von Indexmietverträgen und das Verbot von Mieterhöhungen in allen bestehenden Verträgen!

4. Gasumlage abschaffen! Kaltmieten senken! Energiepreise deckeln!

Eine Mietsenkung ist für viele das effektivste Mittel, um am Ende des Monats mehr Geld übrig zu haben. Insbesondere Mieterinnen und Mieter von Vonovia, Akelius, Adler und Co. be-

zahlen mit ihrer Miete direkt Profite der Aktionäre. Das können wir uns in der Wirtschaftskrise nicht leisten! Niemand sollte Unternehmensprofite bezahlen, wenn das Geld überall knapp wird. Wir fordern einen sofortigen Mietenstopp! Wir fordern Energiepreise zu deckeln und die Gasumlage abzuschaffen. Das senkt effektiv und sofort die Warmmiete und verhindert, dass die Nebenkosten zur Kostenfalle werden.

5. Sofortiger Kündigungsstopp – Zwangsräumungen verhindern!

Für unzählige Menschen werden die steigenden Nebenkosten nicht bezahlbar sein. Keine Mieterin sollte deswegen eine Kündigung bekommen. Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp aller Kündigungen und Zwangsräumungen!

6. Ökologische Sanierung der Bestände - sofort & mieltenneutral!

Vonovia & Co haben bitter nötige ökologische Sanierungen zu lange verschleppt. Gut sanierte Heizkosten haben weniger Nebenkosten und schützen das Klima. Alle Wohnungen müssen sofort ökologisch saniert werden. Das darf Mieterinnen und Mieter nichts zusätzlich kosten!

Wir werden diesen Herbst gemeinsam für die Umsetzung unserer Forderungen auf die Straße gehen - Sei auch du dabei! Auf unserer Internetseite unter [dwenteignen.de](https://www.dwenteignen.de) findest Du alle Infos zu kommenden Protesten. ●



SCHÖNER WOHNEN OHNE ABZOCKE – IM GANZEN LAND!

Nicht nur in Berlin, überall im Land wehren sich Mieterinnen und Mieter gegen die großen Wohnungskonzerne.

Als die Vonovia, Deutschlands größter Vermieter im April auf der Hauptversammlung den Aktionärinnen und Aktionären Milliarden Gewinne präsentierte, protestierten hunderte Mieterinnen und Mieter vor der

Zentrale in Bochum. Lautstark erinnerten sie daran, dass sie es sind, die mit ihrer Miete für die Profite zahlen müssen.

In Leipzig haben sich die Bewohnerinnen und Bewohner der Großsiedlung Schönefelder Höfe zusammengesetzt gegen die Abzocke über die Nebenkosten. Sie fordern gemeinsam sämtliche Belege an, um gegen

die undurchsichtigen Abrechnungen von Vonovia vorzugehen.

Eine Mieterinitiative in Stuttgart folgt dem Berliner Beispiel und fordert die Enteignung des Immobilienriesen. Und auch Hamburg will es Berlin gleichtun. Die Initiative Hamburg enteignet will ebenfalls per Volksentscheid Wohnungen ver-

demokratische Verwaltung bringen – für Gemeinwohl statt Profite.

Alle haben erkannt: Wir können uns das Durchfüttern von Aktionären nicht mehr leisten. Die Wohnungen müssen dem Gemeinwohl dienen, nicht den Profiten. ●

SCHLECHTE AUSSICHTEN OHNE VERGESELLSCHAFTUNG

Prognosen sind bekanntlich schwierig, insbesondere, wenn sie die Zukunft betreffen – so eine Redewendung. Da die Zukunft ungewiss ist, wird in Politik und Wissenschaft mit Szenarien gearbeitet. Die Aussichten für die Mieterinnen und Mieter in Berlin sind in den wenigsten Zukunftsentwürfen erfreulich.

Bis 2030 wird mit bis zu 177.000 zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohnern in Berlin gerechnet. Schafft der Bund nicht den Rahmen für einen rechtssicheren Mietendeckel und ein kommunales Vorkaufsrecht, könnte es düster werden für die Mieterinnen und Mieter. Es drohen weitere Mietsteigerungen und Verdrängung.

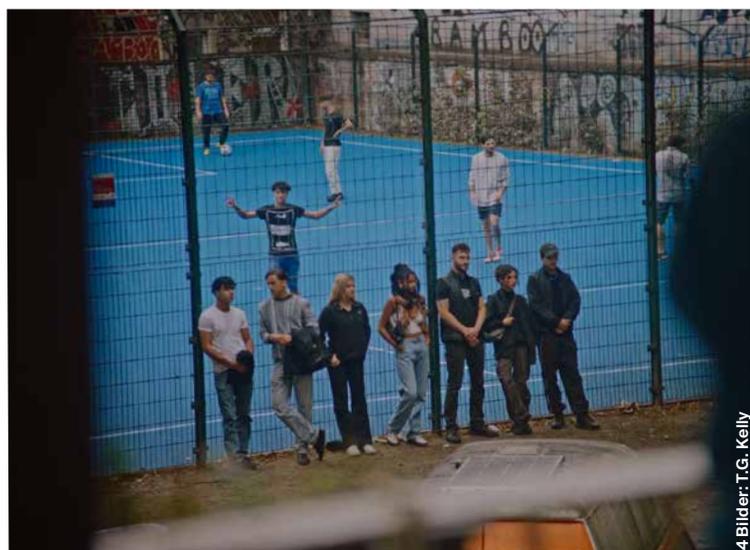
20.000 zusätzliche Wohnungen sollen bis 2030 pro Jahr nach Wunsch von Giffey und Geisel (beide SPD) entstehen. Das wird aufgrund von Rohstoff- und Arbeitskräftemangel kaum zu schaffen sein. Die Baukosten haben sich zuletzt deutlich erhöht. Daher wird der Bestand an Wohnungen wohl deutlich weniger wachsen, als vom



Muss dieses Szenario eintreten? Nein, es ist nur ein mögliches Szenario. Eine gemeinwohlorientierte Neuausrichtung der Wohnungs- und Stadtpolitik und die Vergesellschaftung der großen privaten Immobilienkonzerne verändert vieles: Eine bessere Zukunft ist möglich! ●



Senat geplant. Bereits jetzt sind viele der Neubauten Luxuswohnungen. Die bringen mehr Rendite. Die Erfahrung zeigt daher, dass der Neubau von Wohnungen kaum günstigere Mieten bringt, wenn er von den privaten Immobilienkonzernen erstellt wird.



„WOHNEN MUSS EIN GRUNDRECHT SEIN“

Der ver.di-Bezirksvorstand Berlin unterstützt gemeinsam mit anderen Gewerkschaften den Volksentscheid zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Immobilienkonzerne. Warum steht ihr hinter der Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen?

Bezahlbares Wohnen ist schon lange eines der wichtigsten Anliegen unserer Mitglieder. Sie haben am eigenen Leibe erfahren, wie schwierig es ist, überhaupt noch eine leistbare Wohnung zu finden – oder wie erschreckend es ist, wenn exorbitante Mieterhöhungen oder gar Eigenbedarfskündigungen angedroht werden. Seit Jahren werden unsere guten Tarifergebnisse durch Mieterhöhungen wieder „aufgefressen“. Daher ist ver.di Berlin bei diesem Thema sehr sensibilisiert: Wohnen muss ein Grundrecht sein.

Welche Maßnahmen bräuchte es auf dem Berliner Wohnungsmarkt abseits der Vergesellschaftung, um dieser verrückten Mieten-Entwicklung entgegenzusteuern?

Der ver.di-Bezirksvorstand Berlin hat einen Wohnungsgipfel ins Leben gerufen, der im Frühjahr 2023 stattfinden soll. Denn es gibt



Susanne Feldkötter ist stellvertretende Landesbezirksleiterin von ver.di Berlin-Brandenburg

sehr viele wichtige Aspekte zum Thema Wohnen, zum Beispiel mehr mietpreisgebundenen Wohnraum, barrierefreie Wohnungen für Seniorinnen und Senioren, Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen und Familien, die größere Wohnungen suchen. Wir brauchen eine Politik, die auch Kleingewerkschaften und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördert und natürlich brauchen wir auch keine Spekulation mehr auf dem Wohnungsmarkt. Das wollen wir aufarbeiten.

Was bedeuten die hohe Inflation, steigende Energiekosten und die von den Immobilienunternehmen bereits angekündigten Mieterhöhungen für die Gewerkschaftsmitglieder?

Wir müssen Energiearmut verhindern. Energiearmut hat zur Folge, dass die fi-

nanziellen Spielräume vieler Menschen immer kleiner werden. Dabei hatten viele schon in der Vergangenheit wenig Spielraum, da die Mieten bereits einen Großteil des Einkommens verschlingen. Da kommen viele Menschen, insbesondere Rentnerinnen, Studierende, Familien oder Menschen mit Behinderung, in eine existenziell schwierige Situation.

Auf einer Veranstaltung von Deutsche Wohnen & Co. enteignen im Jahr 2020 haben Sie gefordert, dass wir die Menschen stärker politisieren sollten, damit sie aktiv werden und sich für ihre Interessen einsetzen. Haben wir das geschafft?

Ja, es ist viel passiert. Zum einen war der Volksentscheid ein historisches Ereignis, wir haben erreicht, dass die Menschen sich mit dem Thema Vergesellschaftung von Wohnraum auseinandergesetzt haben und sich 59,1 Prozent für eine Vergesellschaftung ausgesprochen haben. Das war ein sehr schönes Ergebnis. Gleichzeitig ist es der Initiative gelungen, den Bürgerinnen und Bürgern klarzumachen, dass Wohnungsnot kein individuelles Problem, sondern eine gesellschaftliche Krise ist und das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum ein politisches Grundrecht ist. ●

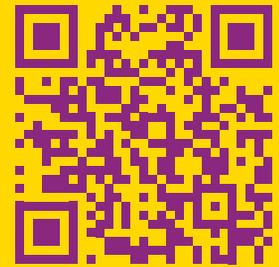
SPENDEN

Unsere Arbeit ist ehrenamtlich – aber sie kostet Geld: für Aktionen, neue Flyer und Plakate oder Veranstaltungen.

Auch nach dem gewonnenen Volksentscheid sind wir auf jeden Euro angewiesen, damit wir es schaffen, die Vergesellschaftung der Immobilienriesen tatsächlich umzusetzen!

Bankverbindung / Spendenkonto
Mietenvolksentscheid e.V.
IBAN: DE10430609671179127400
BIC: GENODEM1GLS

oder QR-Code scannen:



Miethorrorgeschichten

„Ich wohne in einer DW Wohnung. Seit einem Jahr versuche ich zu erreichen dass meine Wasserversorgung repariert wird. Der Druck ist so schlecht, dass das Wasser oft komplett aufhört. Immer wenn andere in meinem Strang aufdrehen. Durchgehend duschen kann ich seit einem Jahr nicht mehr. Die DW verschleppt die Reparatur durch Inkompetenz und interne Misskommunikation. Die erste Maßnahme dagegen wurde vor zwei Wochen gesetzt. Ein Rohr in meiner Wohnung getauscht (obwohl mir im Februar schon ein B&O Mitarbeiter gesagt hat, es liegt daran dass die Rohre im Keller so krass zugesetzt sind.) Immer noch keine Besserung und kein Plan in Sicht.“

Carmen, Deutsche Wohnen Mieterin



„SEIT JAHREN WERDEN UNSERE GUTEN TARIFERGEBNISSE DURCH MIETERHÖHUNGEN WIEDER AUFGEFRESSEN“

„DIE ZEICHEN STEHEN AUF RAUE SEE“

Zuletzt hatte die Adler Group Schlagzeilen gemacht, da sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnte. Die Vonovia will nun Immobilien im Wert von 13 Milliarden Euro verkaufen. Wie steht es um die großen Immobilienkonzerne und ihre Finanzierung?

Das ist eine berechtigte Frage. Die Vonovia wollte eigentlich keine Immobilien mehr verkaufen und tut es jetzt doch. Vermutlich tut sie dies, um Anleihen zurückzahlen zu können. Denn die Ausgabe von Aktien ist nur ein Teil davon, wie sich das Unternehmen Geld besorgt.

Der wichtigere Teil sind Anleihen, die herausgegeben werden. Für Konzerne besteht die Gefahr, dass andere Märkte bzw. Anlagemöglichkeiten höhere Gewinne bieten und das Kapital sich dorthin verlagert, wenn sich Käufer*innen von Anleihen bei steigenden Zinsen reorientieren.

Warum ist das gefährlich?

Der Wert der Gebäude steht jetzt mit einem bestimmten Preis in den Bilanzen. Dies ist sehr spekulativ. Es werden Annahmen getroffen, welche Gewinne zu erzielen



Foto: Goethe Uni Frankfurt/Main

Susanne Heeg ist Professorin für Geographische Stadtforschung am Institut für Humangeographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Sie forscht unter anderem zur Ökonomie der Stadt. Auf Einladung der Initiative DWE ist sie Teil der „Expertenkommission“.

sind. Das hängt wiederum damit zusammen, wie die Mieten sich steigern lassen. Die Bewertungen der Gebäude sind aber in den vergangenen Jahren noch stärker gestiegen als die Mieten. Sie haben sich also ein Stück weit davon entkoppelt.

Es ist nicht sicher, ob der Preis, zu dem ein Gebäude in den Bilanzen steht, auch bezahlt werden würde. Bei der Adler Group wurde nun das erste Mal infrage gestellt, ob die Werte in den Bilanzen eigentlich stichhaltig sind. Daraufhin mussten diese Werte korrigiert werden. Wenn das Vertrauen in die hohen Bewertungen ins Wanken gerät, sinkt auch die Bereitschaft der Investoren, in Anleihen der Unternehmen zu investieren und ihnen darüber Geld zu geben. Das ist ein Problem für die Immobilienkonzerne.

Kann man in dem Zusammenhang von einer Immobilienblase sprechen und droht uns womöglich ein Crash?

So einen Crash kann man immer erst nachträglich bewerten. Aber die Zeichen stehen, wenn nicht auf Sturm, so doch immerhin auf raue See. Wie man auch bei der Immobilienkrise in den USA gesehen hatte, hängt es nun davon ab, wie sich die weiteren Akteure verhalten. Ob sie jetzt beispielsweise keine Kredite mehr geben, keine Anleihen mehr kaufen. Dann hätten wir tatsächlich das Problem, dass Unternehmen, die zu überwiegenden Teilen fremdfinanziert sind, in Geldnot kommen. Bei einer hohen Fremdkapitalquote braucht es permanent Nachschub. Und wenn die Geldgeber misstrauisch werden, dann kann einiges ins Trudeln kommen. Aber ob das passiert, wissen wir erst hinterher.

Was würde die Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen, wie sie die Initiative DWE fordert, und die Stärkung eines gemeinwohlorientierten Wohnungssektors an dieser Situation ändern?

Sehr viel! Dort kommen andere Formen der Finanzierung zum Einsatz. Es wird weniger auf den Finanzmarkt gesetzt, auf eine hochspekulative Finanzierung, auf eine hohe Fremdkapitalverschuldung. Kennen wir ein Beispiel eines öffentlichen Unternehmens, das zur Beute des Finanzmarktes geworden ist oder aufgrund von Finanzmarktbedingungen gescheitert ist? Nein, wir kennen kein einziges. Das hängt damit zusammen, dass die Finanzierung hier sehr viel besser abgesichert ist. ●



Foto: Ian Clotworthy

MEHR RESPEKT FÜR DEMOKRATIE, BITTE!

Bei einem Volksentscheid, einem Instrument der direkten Demokratie, haben Berlinerinnen und Berliner entschieden: Wir wollen, dass die Wohnungen wieder uns als Stadtgesellschaft gehören. Franziska Giffey (SPD) betonte, dieses Ergebnis müsse man „respektieren“. Dennoch wird bislang nicht an einem Gesetz zur Vergesellschaftung gearbeitet. Wie kann es sein, dass die

Berliner Regierung versucht, diese demokratische Entscheidung zu umgehen?

Kurz gesagt: Es liegt daran, dass sie sich an den mächtigeren Interessen derer orientiert, die gar nicht wollen, dass sich etwas ändert. Vor allem die regierende SPD kooperierte zuletzt immer wieder mit den Wohnungskonzernen und schlägt sich damit auf die Seite derer, die

von der Mietenkrise profitieren, während sie den Willen der Wählerinnen und Wähler ignoriert.

Das darf uns aber nicht entmutigen! Damit sich trotzdem etwas bewegt, müssen wir gemeinsam deutlich machen: Den Volksentscheid respektieren heißt, den demokratischen Willen der Wählerinnen und Wähler umzusetzen. ●

Miethorrorgeschichten

„Ich lebe in einer Wohnung von Vonovia. Vor ein paar Monaten habe ich erste Schimmelflecken bei mir im Gang festgestellt. Vom Vermieter wurde ich immer wieder vertröstet und trotz vieler Anrufe ist nichts passiert. Meine Wohnung ist im Erdgeschoss und der Keller sei halt feucht, da könnte das schon mal passieren. Mittlerweile haben sich die Schimmelsporen in der ganzen Wohnung ausgebreitet und haben schon meine Kleidung und die Bilder an den Wänden befallen. Nach einer langen Diskussion soll der Keller trockengelegt werden, dann sei die Wohnung »in wenigen Wochen schimmelfrei.« Jedoch wurde bis jetzt kein Luftentfeuchter gestellt oder ein ordentliches Gutachten beauftragt. Kommentar von Vonovia: »Wir müssen jetzt noch 2-3 Wochen den Arsch zusammenkneifen...«“

DIE EXPERTENKOMMISSION - KÖNNEN WIR UNS AUF SIE VERLASSEN?

Seit Ende März 2022 tagt jeden Monat einmal die so genannte „Expertenkommission“. Sie soll im Auftrag des Senats „Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen“ prüfen, wie der Volksentscheid umgesetzt werden kann. Das heißt: wie die ca. 240.000 Wohnungen der großen, profitorientierten Konzerne vergesellschaftet und der Berliner Bevölkerung zurückgegeben werden können.

Mit der Arbeit an einem Vergesellschaftungsgesetz hätte schon gleich nach der Koalitionsbildung begonnen

werden können! Denn mehrere juristische Gutachten, unter anderem vom Wissenschaftlichen Dienst des Berliner Senats, hatten bereits vorab festgestellt: die Vergesellschaftung ist im Einklang mit dem Grundgesetz und der Berliner Verfassung möglich! Deshalb war von Anfang an klar, dass es sich bei der Expertenkommission um eine Strategie der regierenden SPD handelt, den erfolgreichsten Volksentscheid der Berliner Geschichte zu verschleppen.

Trotzdem hat sich die Initiative Deutsche Wohnen & Co.

enteignen! nach langen Diskussionen entschieden, ihrerseits drei Kommissionsmitglieder zu benennen - und zwar weil wir überzeugt sind, dass die von uns benannten Expertinnen und Experten dazu beitragen werden, den Volksentscheid umzusetzen.

Im Juni 2023 soll die Expertenkommission ihre Ergebnisse vorlegen. Bis dahin werden wir sie aufmerksam begleiten und Druck auf den verantwortlichen Senator Andreas Geisel (SPD) machen. Denn seine Senatsverwaltung scheint sich leider für keinen Trick zu schade, die

Arbeit der Kommission und das Anrecht der Berliner Bevölkerung auf transparente Information zu unterlaufen.

Klar ist aber auch, dass wir als Mietende nicht einfach auf die Empfehlungen der Kommission warten können und wollen. Darum gilt: Egal was dort besprochen wird - wir lassen nicht locker! Wir setzen uns weiter aktiv und lautstark gegen steigende Mieten, Spekulation, Verdrängung und die schleichende Zerstörung unserer Kieze ein! ●

WIE VERGESELLSCHAFTUNG GELINGT

Berlin hat mit Ja gestimmt - wir wollen die Wohnungen der Konzerne vergesellschaften. Aber wie geht das mit dem Gemeineigentum?

Die Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen hat Modelle zur Umsetzung entwickelt, Jurist*innen und andere Expert*innen haben die Vorschläge kommentiert,

amtliche Gutachten kamen hinzu. Das Buch gibt nun einen Überblick über den Stand der Debatte.

Unstrittig ist dabei eines: Vergesellschaftung ist erlaubt - das sagt Artikel 15 des Grundgesetzes. Offen ist allerdings die Art der Umsetzung. Hier gibt es zahlreiche Fragen, die noch diskutiert

werden müssen. Den Weg zu den Antworten ebnet dieser Sammelband.

Deutsche Wohnen & Co enteignen (Hg.): Wie Vergesellschaftung gelingt - Zum Stand der Debatte, Parthas Verlag, 296 Seiten, 20 Euro. Erhältlich in jeder Buchhandlung.



WAS BITTE IST DENN EINE AÖR!?

Nach der Vergesellschaftung sollen die Wohnungen durch eine Anstalt öffentlichen Rechts, kurz AÖR, verwaltet werden. Was ist eine AÖR und wozu brauchen wir sie?

Eine AÖR ist ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, das mit einer öffentlichen Aufgabe betraut ist. Beispiele dafür sind in Berlin die Stadtreinigungs-, die Verkehrs- oder die Wasserbetriebe. Sie alle sind als AÖR organisiert.

Warum wollen wir eine AÖR? Sie ermöglicht Mitbestimmung! Unsere Vision ist eine demokratische Selbstverwaltung, an der alle beteiligt sind, die die Themen der AÖR etwas angehen: Mieter:innen, Senat, Beschäftigte der AÖR und die Stadtgesellschaft - denn Berlin ist unsere Stadt!

Was kann die AÖR besser machen? Luxusmodernisierungen und Intransparenz ein Ende setzen! Unter Beteiligung der Mieter*innen und Stadtgesellschaft wird hier sinnvoll, fair und zu bezahlbaren Mietpreisen gewirtschaftet.

Aber auch Kontrolle ist wichtig: So soll festgelegt werden, dass die Mieteinnahmen nur für bestimmte Zwecke eingesetzt und die Wohnungen nicht wieder verkauft werden dürfen. Zudem sollen für die AÖR umfassende Transparenzregeln gelten.

Kurzum: So können wir der Verdrängung ein Ende setzen und dazu beitragen, dass unsere Kieze in unserem Sinn gestaltet und erhalten werden. Damit Berlin unser Zuhause bleibt! ●

MACHT DEIN VERMIETER AUCH PROBLEME?

Ob vergammelte Fenster oder ungerechtfertigte Mieterhöhung - jeder Fall scheint einzigartig und muss juristisch geprüft werden. Das kann erstmal entmutigend wirken. Doch in den letzten Jahren haben sich viele Mieterinnen und Mieter im gleichen Haus oder der gleichen Nachbarschaft als Gruppe zusammen getan und gemeinsam

gewehrt. Gegen die Betriebskosten, den Hausverkauf oder die Modernisierungsumlage - zusammen kann man mehr erreichen. Wenn ihr auch Probleme mit eurem Vermieter habt, redet darüber in der Nachbarschaft. Zahlreiche Mietergruppen haben sich erfolgreich gewehrt. Jede Gruppe zählt - schließt euch jetzt zusammen! ●



Wie ihr in 5 Schritten eine MIETER*INNEN-Initiative gründet, könnt ihr in unserer Broschüre „Zusammen tun“ auf dwenteignen.de nachlesen.



IMPRESSUM

V. i. S. d. P.:
Marcus Stein
c/o Mietenvolks-
entscheid e. V.
Warschauer Str. 23
10243 Berlin



Weitere Informationen findet ihr auf dwenteignen.de und auf social media



WARUM VERGESELLSCHAFTUNG DEM KLIMA HILFT

Nach der Enttäuschung über die Aufhebung des Mietendeckels und dem Hinauszögern der Umsetzung des Volksentscheides trifft die Berliner Mieterinnen und Mieter der nächste harte Schlag: die stark steigenden Energiepreise.

Der private Immobiliensektor erhöht den Druck auf die Umwelt!

Der Wärmeverbrauch des Wohnens hat seit 2012 in Deutschland zugenommen. Gleichzeitig gingen die Investitionen in energetische Sanierung zurück. Dadurch wird klar: die privaten Immobilienunternehmen sind nicht in der Lage, den wär-

mebedingten Energieverbrauch zu senken. Während Konzerne wie die Deutsche Wohnen die Energiewende lediglich als Hebel zur Mieterhöhung missbrauchen, machen die meisten Genossenschaften es richtig: Sie legen die Kosten für energetische Modernisierung nicht auf die Mieter um, sondern zahlen sie aus den Gesamtgewinnen. In der Regel wird dort geprüft, ob eine Dämmung wirklich Heizkosten spart - ansonsten unterbleibt die Maßnahme.

Energie und Kosten sparen, statt Mieten treiben

Mit der Vergesellschaftung

ließe sich das verallgemeinern: energetische Modernisierung nur dort, wo es aus Klimagründen sinnvoll ist, mit ökologisch verträglichen Materialien, finanziert aus allgemeinen Überschüssen und nicht durch Mieterhöhungen, die Mieterinnen in Existenznot treiben.

So könnte die Vergesellschaftung die energie- und kostensparende Sanierung des Wohnungsbestandes mit langfristig lebenswerten Mieten ermöglichen. Noch ein Grund, den Volksentscheid sofort umzusetzen anstatt ihn zu verschleppen! Die Klimakrise wartet nicht, bis die „Expertenkommission“ entschieden hat! ●